

Wilhelm Bruns, Christian Krause,  
Eckhard Lübke

# Sicherheit durch Abrüstung

Orientierende Beiträge  
zum Imperativ  
unserer Zeit

# Inhalt

<i>Einleitung</i> .....	9
-------------------------	---

*Wilhelm Bruns*

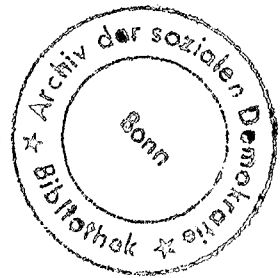
*Thesen zur europäischen Sicherheitspolitik*

I. Problemaufriß.....	15
II. Folgerungen für eine europäische Sicherheitspolitik.....	20
III. Literatur- und Forschungslage zur europäischen Sicherheitspolitik .....	23

*Christian Krause*

*Worst Case-Denken als Motiv westlicher Sicherheitspolitik*

I. Einleitung.....	29
II. Gibt es eine konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes?.....	31
1. Das Worst Case-Denken der NATO.....	31
2. Die Problematik militärischer Kräftevergleiche .....	38
3. Das globale Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt.....	40
4. Der Einfluß der Geographie auf Kräftevergleiche in Europa.....	47
5. Subjektive Entscheidungen bestimmen das Kräftebild.....	49
6. Was wird gezählt?.....	52
7. Die Rolle der nationalen Volksarmeen.....	54
8. Läßt sich mit Kräftevergleichen militärische Überlegenheit oder Unterlegenheit feststellen?.....	57
III. Wächst die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes?.....	58
IV. Wird die Bundesrepublik erpreßbar?.....	62
V. Ergebnisse und Folgerungen.....	63



*Eckhard Lübkemeier*

*Denuklearisierung der NATO-Strategie*

1. Der doppelte Hintergrund der Strategiedebatte .....	67
2. Abschreckung und nukleare Ersteinsatzdrohung.....	69
3. Konventionelle Waffentechnologie.....	74
4. Rogers-Plan.....	79
5. AirLand Battle.....	85
6. Amerikanische Globalstrategie.....	87
7. Die Eskalationsträchtigkeit konventioneller Kriege .....	90
8. Bündnispolitische Aspekte.....	92
9. Konventionelle Rüstungskontrolle.....	95
10. Nukleare Rüstungskontrolle.....	97
11. Nukleare Nachrüstung .....	100
12. Sowjetische Interessen.....	101
13. Ein denuklearisiertes Europa?.....	104
14. Die Kostenfrage .....	108
15. Einwände.....	112
16. Zusammenfassende Thesen.....	117
Literaturverzeichnis.....	120
Abkürzungsverzeichnis.....	123

*Christian Krause*

*Kriterien für eine alternative Militärstrategie*

1. Merkmale einer alternativen Militärstrategie .....	125
2. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland .....	127
3. Die Ursachen der atomaren Rüstung der NATO .....	132
a) Eisenhowers New Look .....	132
b) Von der Massive Retaliation zur Flexible Response .....	136
4. Die Atomwaffen der NATO in ihrer heutigen Funktion und ihr Ersatz durch andere Mittel .....	139
a) Mittelstreckenwaffen der NATO.....	139
b) Taktische Atomwaffen.....	142
c) Widersprüche in der atomaren Konzeption der NATO .....	146
d) Krisenmanagement als Mittel zur Kriegsverhütung.....	147

5. Zusammenfassung und Kriterien für eine neue Militärstrategie der NATO .....	149
6. Auf der Suche nach alternativen Eskalationsmöglichkeiten.....	150
a) Bietet die NATO selbst eine Alternative an?.....	150
b) Chemische Waffen als Alternative .....	152
c) Reicht eine Verstärkung der konventionellen Kräfte aus?.....	153
d) Die maritime Eskalation.....	154
7. Nachwort .....	159

*Ausgewählte Bibliographie*

(Bücher, Broschüren).....	161
---------------------------	-----

<i>Über die Autoren</i> .....	164
-------------------------------	-----

# Einleitung

Die Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluß hat in der NATO „die dritte Phase der Strategiediskussion“ (so der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt am 20. September 1982) ausgelöst. Die erste Phase führte 1956 zur Annahme der Strategie der massiven Vergeltung, die zweite 1967 zu der bis heute gültigen Strategie der Flexiblen Reaktion. Welches strategische Konzept am Ende der derzeitigen Debatte stehen wird, läßt sich heute noch nicht vorhersagen; sicher aber scheint zu sein, daß es sich von dem unterscheiden wird, was heute den strategischen Kanon des Bündnisses ausmacht.

Wir stützen diese Prognose auf die Beobachtung, daß Sicherheitspolitik und Strategie im Gefolge des Nachrüstungsstreits vor allem in nichtnuklearen NATO-Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland wieder zu einem öffentlichen Diskussionsgut geworden sind. Seit den Auseinandersetzungen über die Wiederbewaffnung und die Stationierung von Nuklearwaffen in der Bundesrepublik hatte es hierzulande keine breite öffentliche Diskussion über die Grundlagen, Instrumente und Ziele der westlichen Verteidigungspolitik gegeben. Die „Zuständigkeit“ für solche Fragen lag bei einem mehr oder weniger geschlossenen Kreis von politischen, militärischen, wissenschaftlichen und journalistischen Experten, die sich eine Aura der Kompetenz und dem Bürger das Gefühl verschafften, Friedenssicherung durch Abschreckung werde verantwortungsvoll und zuverlässig „gemacht“.

Die Gründe für die lange öffentliche Enthaltensamkeit in sicherheitspolitischen Fragen liegen nicht nur in den schwer vermittelbaren Paradoxien nuklearer Abschreckung oder dem esoterischen Jargon der Experten; sie war sicherlich auch ein teils bewußter, größtenteils aber wohl unbewußter Verdrängungsprozeß, ein Zurückschrecken vor dem Nachdenken über die Folgen eines Versagens des „Gleichgewichts des Schreckens“. Dieser Mechanismus der Delegation des beunruhigten Gewissens an wenige Eingeweihte funktionierte solange, wie die politische Schönwetterlage anhielt. Als die Entspannungspolitik ins Stocken geriet und zunehmend von konfrontativen Tendenzen überlagert wurde, schärfte sich auch wieder das Be-

wußtsein der Öffentlichkeit für das Risiko eines Umschlagens des politischen in einen militärischen Ost-West-Konflikt.

Hinzu kamen die Verunsicherung durch die weltwirtschaftliche Rezession, die hohe Dauerarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern und die unübersehbar gewordenen ökologischen Grenzen der Wachstumsgesellschaft. Ihr Zusammenhang mit der Ver-Öffentlichung sicherheitspolitischer Themen liegt auf der Hand: Anhaltende und anwachsende ökonomische und ökologische Probleme untergruben das Vertrauen immer größerer Bevölkerungsteile in die Fähigkeit von Regierungen und Experten, Krisen zu verhindern, zu steuern oder zu überwinden, und viele Bürger spüren in Zeiten knapper Haushaltsmittel die sozialen Kosten militärischer Ausgaben deutlicher als bei vollen Kassen (1981 waren z.B. noch 51% der US-Amerikaner der Auffassung, ihr Land gebe zuwenig für seine Verteidigung aus, 1982, d.h. nachdem die von der Reagan-Regierung vorgenommenen Kürzungen von Sozialprogrammen „gegriffen“ hatten, waren es nur noch 19%). Während die sozialpolitischen Auswirkungen militärischer Aufwendungen einer Diskussion ihrer Angemessenheit provozierten, trug das schwindende Vertrauen in die staatliche Problemlösungskapazität parallel zu den sich verschlechternden Ost-West-Beziehungen dazu bei, daß die Möglichkeit eines Versagens der Abschreckung wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rückte.

Die NATO-Regierungen waren auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. Zwar hatten Politiker und Militärs an die Adresse Moskaus gerichtet den Zusammenhang zwischen Kriegsführungsfähigkeit und glaubwürdiger Abschreckung betont; für den westeuropäischen „Hausgebrauch“ wurde aber der Akzent eindeutig auf die Kriegsverhütungsfunktion der Flexiblen Reaktion gelegt: Westeuropa könne sich keinen – weder einen konventionellen noch gar einen nuklearen – Krieg erlauben. Deshalb sei es die Strategie der NATO, das Risiko jeder Aggression für die UdSSR so hoch wie möglich zu halten.

Die geographische Lage Westeuropas, vor allem aber die der Bundesrepublik Deutschland, ihre Kleinräumigkeit, hohe Besiedlungsdichte und infrastrukturelle Verwundbarkeit ließen und lassen der NATO keine andere Wahl, als ihre Abschreckungsdoktrin unter den Primat der Kriegsverhinderung zu stellen. Der Fehler der Vergangenheit, der sich heute in einer Erosion des sicherheitspolitischen Konsens rächt, ist aber wohl darin zu sehen, daß die NATO der nuklearen Komponente ihrer Strategie zu großes Gewicht beigemessen hat. Dabei läßt sich gar nicht bestreiten, daß Nuklearwaffen im Hinblick auf das Kriegsverhütungsziel „optimale“ militärische

Mittel sind, da sie die von einem potentiellen Gegner einzukalkulierenden Kosten prohibitiv machen. Die Kehrseite dieser Medaille sind jedoch die zu erwartenden Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen für die eigene Seite. Da die Sowjetunion nuklear vergelten könnte, wäre jeder nukleare Ersteinsatz der NATO mit der Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation in eine zumindest für Mitteleuropa allgemeine Massenvernichtung verbunden. Der innere Konsens über die Flexible Reaktion und die in ihr enthaltene nukleare Ersteinsatzdrohung mußte deshalb beinahe zwangsläufig starken Belastungen ausgesetzt werden, als sich immer mehr Bürger – beunruhigt über die beschriebenen außenpolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen – die Frage stellten, was passieren könnte, falls die Abschreckung doch versagen sollte.

Vor diesem Hintergrund sollte es rückblickend nicht erstaunen, daß der NATO-Doppelbeschluß als Katalysator einer strategischen Debatte gewirkt hat. Rüstungskontrollpolitisch war er zweifellos ein Fortschritt, denn der Westen verknüpfte die Aufstellung neuer Waffen mit einem Verhandlungsangebot an die UdSSR und wiederholte dadurch nicht ihren Fehler, die SS-20-Rüstung unbeeindruckt von jahrelangen westlichen Warnungen unkontrolliert durchgeführt zu haben. Gleichwohl erwies sich schon bald nach seiner Verabschiedung, daß der Doppelbeschluß wegen seiner Konstruktion und der Art der vorgesehenen Nachrüstung innenpolitisch nur schwer zu vermitteln sein würde. Die im Brüsseler Kommuniqué vom 12. 12. 1979 zwar nicht selbst getroffene, aber intern verabredete und später öffentlich bekräftigte Festlegung auf eine zeitliche Befristung des Verhandlungsteils, vor allem aber die Androhung einer Nachrüstung mit Nuklearwaffen, die von westeuropäischem Boden aus eine direkte Bedrohung der Sowjetunion schaffen würden, liefen quer zu der wachsenden öffentlichen Besorgnis über die Risiken nuklearer Abschreckung. „Breite Bevölkerungskreise sehen im Nuklearkrieg ein Ding an sich, ohne Bezug zur gegenwärtigen politischen Situation oder zu damit verbundenen sicherheitspolitischen Erfordernissen. Die Europäer wollen sich vor dem Ausbruch eines Nuklearkrieges, weniger vor einem sowjetischen Angriff sicher fühlen, und alle Vorkehrungen, die sich gegen die sowjetische Bedrohung richten, zugleich jedoch die erste Gefahr wahrscheinlicher erscheinen lassen, werden weiterhin heftig umstritten bleiben.“ (M. Howard, Reassurance and Deterrence: Western Defense in the 1980s, in: Foreign Affairs, Winter 1982/83). Wenn diese Lageanalyse richtig ist, könnte die Nachrüstung, insbesondere deshalb, weil sie nicht auf der Grundlage einer in Genf erzielten Übereinkunft durchgeführt wird, zu einem Pyrrhussieg für die

NATO werden. Der ohnehin zweifelhafte Zugewinn an Abschreckungsfähigkeit könnte durch den inneren Akzeptanzverlust mehr als aufgehoben werden.

Eine von vielen Bürgern eher als Bedrohung denn als Sicherung des Friedens wahrgenommene Nachrüstung könnte der NATO aber auch noch in einer anderen Hinsicht zu schaffen machen. Aus heutiger Sicht erscheint es ausgeschlossen, daß in Westeuropa auf absehbare Zeit weitere nukleare „Modernisierungen“ (etwa im Bereich der taktischen Kurzstreckenraketen) durchgesetzt werden könnten. Zudem könnten im Sog des Nachrüstungs-Kraftakts auch die finanziellen und personellen Bedingungen der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Westens beeinträchtigt werden, etwa durch eine steigende Zahl von Kriegsdienstverweigerern auf der einen und geburtenschwachen Jahrgängen auf der anderen Seite.

Wenn die Nachrüstung die hier vorausgesagten Folgen hätte, wird sie der NATO also nicht nur innenpolitisch, sondern auch militärstrategisch mehr schaden als nützen. Innerhalb der Allianz hat die Kontroverse um den Doppelbeschluß jenen Politikern und Militärs Auftrieb gegeben, die für eine Anhebung der nuklearen Schwelle eintreten. Da nach offizieller Einschätzung der Warschauer Pakt in Mitteleuropa konventionell überlegen ist, müßte die NATO – um das konventionelle Kräfteverhältnis zu verbessern – entweder konventionell nachrüsten, oder der Warschauer Pakt müßte konventionell abrüsten. Die nukleare Nachrüstung könnte zusätzliche Hindernisse vor beiden Wegen aufbauen: Im ersten Fall in Form einer Verschärfung des Akzeptanz-Problems, im zweiten durch eine politische Klimaverschlechterung zwischen Ost und West und die damit verbundenen sinkenden Erfolgchancen für Rüstungskontrollverhandlungen.

Ob trotz oder wegen der Nachrüstung – in jedem Fall steht der NATO eine umfassende Strategiedebatte ins Haus. Mit den hier vorgelegten Arbeiten greifen wir Fragestellungen auf, die nach unserer Auffassung zu den zentralen Themen dieser Diskussion gehören.

Wilhelm Bruns beschäftigt sich mit der Förderung nach einer europäischen Sicherheitspolitik und steckt den Rahmen für eine Konkretisierung und Implementierung einer solchen Politik ab. Seine zentrale Schlußfolgerung: Weniger aus militärischen, denn aus politischen Gründen muß sich Westeuropa innerhalb der NATO ein stärkeres sicherheitspolitisches Gewicht gegenüber den Vereinigten Staaten verschaffen.

Christian Krause unternimmt den Versuch, das NATO-Dogma der konventionellen Überlegenheit des WP zu widerlegen. Mit Hilfe einer Analyse westlichen Worst Case-Denkens und nach Auswertung des zugänglichen

Datenmaterials stellt er fest, daß die Abschreckung mit konventionellen Mitteln gegen einen konventionellen Angriff des Warschauer Pakts in Mitteleuropa gesichert ist.

Eckhard Lübke meier untersucht die Frage, ob und wie die NATO die Nuklearlastigkeit ihrer Abschreckung abbauen kann. Besonderes Augenmerk wird auf die technologischen Bedingungen, finanziellen und abschreckungsstrategischen Implikationen sowie die rüstungskontroll-, bündnis- und außenpolitischen Aspekte einer solchen prinzipiell als wünschenswert und machbar angesehenen Denuklearisierung gelegt.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Problemlage versucht Christian Krause im letzten Beitrag, Kriterien für die weitere Entwicklung der Militärstrategie der NATO zu entwickeln.

Für die Beiträge tragen die Autoren die alleinige Verantwortung.

Bonn, im Januar 1984

Wilhelm Bruns  
Christian Krause  
Eckhard Lübke meier

### *I. Problemaufriß*

1. Das „Europa der Zehn“ konsultiert sich insbesondere im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) seit ihrer Gründung im Jahre 1972 kontinuierlich in allen zentralen außenpolitischen Fragen mit dem Ziel eines abgestimmten Verhaltens. Herausragendes Beispiel dieser außenpolitischen Zusammenarbeit ist das Auftreten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) während der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Im „Bericht über die Europäische Politische Zusammenarbeit“ (dem sog. „Londoner Bericht“) haben die Außenminister der Zehn am 13. Oktober 1981 zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument festgestellt, daß auch Fragen der Sicherheit Gegenstand der Europäischen Politischen Zusammenarbeit sind.

Trotz erfreulicher Fortschritte bei der EPZ-Zusammenarbeit bleibt richtig:

Eine gemeinsame Außenpolitik der Zehn kann nur ein Torso bleiben, wenn sie nicht durch eine integrierte (west-)europäische Sicherheitspolitik ergänzt wird. Die Sicherheitspolitik bestimmt den Kernbereich der Außenpolitik. Sie setzt in Europa nicht nur den Rahmen für das im Ost-West-Verhältnis Machbare, sondern determiniert indirekt auch die Beziehungen Europas zu den neutralen Staaten und zur Dritten Welt.

2. Sicherheit setzt politisches und militärisches Gleichgewicht divergierender Kräfte voraus. Das Europa der Zehn verfügt im Bündnis mit den Vereinigten Staaten über das für die Sicherheit Europas erforderliche Gegengewicht zu den konventionellen und nuklearen Potentialen des Ostblocks. Die Staaten der EG sehen ihre Sicherheit durch die Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis gewährleistet. Mit Ausnahme Irlands sind alle Staaten der Zehnergemeinschaft gleichzeitig Mitglieder der Allianz. Frankreich hat sich zwar von der militärischen Integration der NATO gelöst, ist jedoch durch die Beistandsverpflichtung im Rahmen des Nordatlantikpaktes und der WEU im westlichen Bündnisystem eingebunden und

– nicht zuletzt durch seine Truppenpräsenz in der Bundesrepublik Deutschland – ein zuverlässiger Partner dieses Systems.

3. Im Rahmen der nordatlantischen Verteidigungsstruktur und deren Abschreckungsstrategie kommt der nuklearen Schutzgarantie der USA eine zentrale Bedeutung zu. In Ermangelung vergleichbarer Fähigkeiten hat sich Europa dem Schutz der strategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten als ultima ratio der Abschreckung unterstellt.

Als Folge der Bindung Europas an diese Schutzgarantie ist der Spielraum einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik begrenzt. Er wird in nicht unerheblichem Maße von den Interessen der USA und deren Beziehungen zur Sowjetunion bestimmt. Fallen die Interessen Europas mit denen der Vereinigten Staaten zusammen, so wirkt sich das enge Verhältnis positiv aus, da es die westliche Position zum Nutzen aller Verbündeter stärkt. Interessengegensätze hingegen führen automatisch zu Spannungen und zur Verminderung des europäischen Handlungsspielraums. Dies zeigt sich insbesondere bei den sich vertiefenden Meinungsunterschieden über die Fortführung der Entspannungs- und Abrüstungspolitik oder der Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt.

4. Man kann nicht dabei stehenbleiben, das amerikanisch-europäische Verhältnis als Funktion einer historischen Entwicklung und als Ergebnis zweier Weltkriege zu definieren. Der Führungsanspruch der Vereinigten Staaten basiert nicht minder auf der Vorstellung, daß zwar die europäischen Verbündeten für ihre Sicherheit auf den amerikanischen Nuklearschutz angewiesen sind, Amerika seinerseits aber notfalls auf die Mitwirkung Europas verzichten kann, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Diese Betrachtungsweise wird zu Recht zunehmend in Frage gestellt. Sie hat in der Vergangenheit der Entwicklung einer echten, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung begründeten sicherheitspolitischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Verbündeten im Wege gestanden. Die Drohung mit dem Entzug der Schutzgarantie hat die Europäer immer wieder in Ermangelung alternativer Sicherheitskonzeptionen veranlaßt, die eigenen Interessen zugunsten derjenigen der Schutzmacht hintenanzustellen. Die Furcht vor der Abkoppelung determiniert:

- den Rahmen, in dem Ost-West-Beziehungen bezüglich Entspannungs-, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik entwickelt und ausgebaut werden können;
- die Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen, wissenschaft-

lichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit den Ostblockländern;

– das Verhältnis der europäischen Verbündeten zu den Ländern der Dritten Welt und deren Emanzipationsprozeß, soweit dieses künstlich zu einer Funktion der globalen Ost-West-Auseinandersetzung gemacht wird.

5. Konkret baut die Forderung nach einem integrierten europäisch-amerikanischen Verteidigungskonzept auf folgenden Hypothesen auf:

- (1) Die Vorstellung, daß nur eine enge militärische Integration und die physische Präsenz der USA im Rahmen dieser Integration ein ausreichendes politisches und militärisches Gegengewicht zum Warschauer Pakt schaffen und die Bindung an die zentralstrategischen Systeme Amerikas garantieren können.
- (2) Die Annahme, daß Europa nicht in der Lage ist, sich selbst ausreichend zu schützen, und daß es ohne die amerikanische Schutzgarantie in sowjetische Abhängigkeit gerät.
- (3) Die These, daß Stabilität nur durch militärisches Gleichgewicht zu erreichen ist, und daß dieses Gleichgewicht, nicht zuletzt auch aus Gründen des Prinzips der Gleichheit bei Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen, nur durch annähernde Parität bei den Waffen, insbesondere bei den Nuklearwaffen, gewährleistet werden kann.

Diese Hypothesen haben die politische Entwicklung der Nachkriegsjahre bestimmt. Die durch sie geschaffene Sicherheitsordnung in Europa hat den Antagonismus der Blöcke zementiert und das Schicksal Europas von den beiden Supermächten und deren bilateralem Verhältnis abhängig gemacht.

6. In diesem Zusammenhang wird oft nicht erkannt, wie entscheidend die westliche Abschreckungsstrategie und die Doktrin der NATO über den Einsatz nuklearer Waffen ins Ost-West-Gefüge eingreifen und das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten beeinflussen. Diese Strategie und ihre interpretative Ausgestaltung ist ein wesentlicher Faktor der Abhängigkeit Europas vom nuklearen Schutzschirm der USA.

Die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung ist nicht statisch, sondern einem stetigen Wandel unterworfen. Das Konzept einer massiven Vergeltung in den fünfziger Jahren, das wegen des „Alles oder Nichts“-Charakters wenig glaubwürdig war, wurde durch die Strategie einer abgestuften, flexiblen Reaktion abgelöst. Es ist Wesensmerkmal dieser Strategie.



gie, daß sich ihre Konturen nur schwer bestimmen lassen. Die Forderung nach Flexibilität steht in einem Spannungsverhältnis zwischen der insbesondere aus amerikanischer Sicht wünschenswerten Fähigkeit zur Verteidigung mit den Mitteln, die auch der Angreifer gewählt hat, und der Bereitschaft zur Eskalation, die aus der Sicht der Europäer erforderlich ist, will man nicht in die Konzeption eines langandauernden, geographisch beschränkten konventionellen oder nuklearen Krieges abgleiten. Während also das amerikanische Denken die „Führbarkeit“ eines Krieges – auch eines Nuklearkrieges – impliziert, muß den Europäern daran gelegen sein, die politische Qualität der Nuklearwaffen als Instrument der Kriegsverhütung zu betonen.

Es reicht auch nicht aus, wenn sich die Befürworter der Strategie der flexiblen Antwort auf Flexibilität als entscheidendes Kriterium der Abschreckung berufen. Je mehr nämlich das Erfordernis der Flexibilität betont und die Fähigkeit entwickelt wird, dem Angreifer auf alle von ihm gewählten Angriffsformen die entsprechende Antwort bereitzuhalten, um so mehr mindert sich der Abschreckungseffekt der Drohung mit einer für den Angreifer nicht mehr akzeptablen, da raschen Eskalation des Konfliktes. Das Risiko wird für den Angreifer kalkulierbarer, denn in einem langandauernden Krieg über alle Eskalationsstufen kann er den Zeitpunkt besser bestimmen, zu dem sein Risiko nicht mehr den erhofften politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewinn aufwiegt. So paradox es klingen mag: Je mehr Flexibilität man in der Verteidigung fordert, umso mehr schwächt man das Element der vorbedachten Eskalation und damit die Abschreckung. Man muß mehr Waffen fordern, um auf alle Eventualitäten flexibel reagieren zu können und schafft doch weniger Sicherheit für die Länder, auf deren Boden ein Krieg stattfinden würde.

Diese Tendenz ist auch in anderer Hinsicht gefährlich: Zum einen wird die militärische Seite eingeladen, „Lücken im Eskalationsspektrum“ auszumachen, zum anderen paralysiert sich Europa in einem solchen Szenario selbst: Die europäischen Verbündeten können keine eigenständige Sicherheitspolitik entwickeln, weil sie nie die zur Implementierung dieser Strategie erforderlichen Waffenmengen aufbringen können und wollen.

Es wird zwar bestritten, daß sich die Nukleardoktrin der NATO in den letzten Jahren in diese Richtung entwickelt hat. Das amerikanische Modernisierungsprogramm zur Entwicklung der Counterforce-Fähigkeit, die Forderung nach Entwicklung selektiver, auf militärische Ziele gerichteter Optionen in der Präsidentendirektive 59, das Lückenargument im Rahmen der Nachrüstungsdebatte, die Diskussion um die Notwendigkeit der Neu-

tronenbombe, die Forderung aus amerikanischen Militärkreisen – insbesondere der Armee – nach Durchsetzung einer Konzeption des integrierten konventionellen, chemischen und nuklearen Kampfes auf dem Gefechtsfeld über eine längere Dauer (Stichwort „Air Land Battle“) scheinen aber eher den Skeptikern Recht zu geben.

7. Das in den letzten Jahren vom Westen favorisierte Konzept der Rüstungskontrolle hat diese für Europa bedenkliche Entwicklung in der Strategie eher gefördert statt ihr entgegenzuwirken. Es impliziert de jure und inzwischen auch de facto die Forderung nach Parität der nuklearen Waffen, ohne die Auswirkung einer solchen Forderung auf die Strategie genauer zu analysieren. Über die Datendiskussion führt es ferner zu dem fast unlösbaren Problem der Vergleichbarkeit unterschiedlich ausgelegter Waffensysteme. Um dieses Problem zu umgehen, schlägt man den scheinbar einfacheren Weg ein, indem man Gleichgewicht an quantitativen statt an qualitativen Kriterien mißt. Ein auf gleiche Obergrenzen gerichteter Vertrag ist auch innenpolitisch leichter durchzusetzen. Statt von Erfordernissen der eigenen Sicherheit werden Rüstungen dadurch zunehmend von den vorhandenen Potentialen des Gegners abhängig gemacht, schlimmer noch, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik werden in Mißkredit gebracht, weil Rüstungen zu bargaining chips im Rahmen dieser Politik gemacht werden.

Die Rolle dieser Rüstungen für die Implementierung der Strategie der flexiblen Antwort wird dagegen kaum in Betracht gezogen, obwohl sie gerade von Europa kritisch bewertet werden muß, da sie zu Schichtenparitäten führt, die in Verbindung mit der Strategie der Flexibilität auf allen Konfliktebenen der Abkoppelung des europäischen Kriegsschauplatzes von den strategischen Kräften der USA Vorschub leisten.

Es bestehen gewisse Zweifel, ob die beiden Supermächte ihrer Verpflichtung dem Non-Proliferationsvertrag nachkommen und ernsthaft die Reduzierung ihrer nuklearen Rüstungen betreiben. Den Versuchen, über START und INF in Genf zu einer wirksamen Abrüstung zu kommen, wurde Ende 1983 dadurch vorläufig ein Ende gesetzt, daß die Sowjetunion – wegen der Anfangsstationierung der Pershing II und Cruise Missiles – die beiden Verhandlungstische in Genf verließ. Schuldzuweisungen führen hier nicht weiter. Feststeht, daß zu Beginn des Jahres 1984 die beiden Großmächte nicht über Nuklearwaffen verhandeln. Dieses ist für Europa nicht hinnehmbar, weil Mitteleuropa vollgepackt mit Nuklearwaffen ist. Hinnehmbar ist auch nicht, daß Wohlverhaltensforderungen von einem

Verhandlungspartner an den anderen gerichtet werden. Im gesamteuropäischen Interesse ist vielmehr das, was im sogenannten Palme-Bericht als Sicherheitspartnerschaft beschrieben wurde: „Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm. Internationale Sicherheit muß von der Verpflichtung zu gemeinsamem Überleben getragen sein, nicht von der Androhung gegenseitiger Vernichtung“. (Vgl. Der Palme-Bericht, Berlin 1982, S. 12). Nach Auffassung der Europäer ist Abrüstung und Rüstungskontrolle keine Belohnung für Wohlverhalten des politischen Rivalen im weltweiten Konkurrenzkampf. Sie sind vielmehr die notwendige Folgerung aus der Erkenntnis, daß im Nuklearzeitalter militärische Konfliktlösungen auf Selbstvernichtung hinauslaufen und daher als Mittel der Politik nicht in Frage kommen.

8. Das Gefühl der Fremdbestimmung lähmt den europäischen Willen zur Selbstbehauptung und zur Entwicklung einer politischen Identität. In einem Verteidigungsbündnis kann auch keine Strategie auf Dauer Bestand haben, die die Risiken und Folgen eines Krieges einseitig einzelnen Mitgliedern aufbürdet und deren Existenz zugunsten des Überlebens der anderen Bündnispartner in Frage stellt. Auf diese Weise wird in den betroffenen Völkern die Tendenz zum Neutralismus gefördert.

Das mit der wirtschaftlichen Integration gewachsene Selbstbewußtsein der Europäer kann auch langfristig keine Situation akzeptieren, in der der politische Freiraum Europas letztlich im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander definiert wird und in der Interessengegensätze dieser bipolaren Welt primär auf europäischem Boden ausgetragen werden.

## II. Folgerungen für eine europäische Sicherheitspolitik

1. Europa muß sich, will es zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik finden, von den vorgegebenen Sachzwängen befreien und den Mut entwickeln, neue Wege zu beschreiten.

Die widernatürliche Spaltung Europas kann nur überwunden werden, wenn die Europäische Gemeinschaft als Kern eines künftigen geeinten Europas ihre aus ihrer Geschichte gewachsenen Erfahrungen und Erkenntnisse einsetzt, um einen von den Interessen der Supermächte unabhängigen Beitrag zur Entspannung und Frieden in der Welt zu leisten. Das nordatlantische Bündnis zerbricht nicht am europäischen Emanzipationsprozeß,

könnte aber durch ein Denken gefährdet werden, das die Bürger der zu verteidigenden Staaten ihrem für sie geschaffenen Schutzmechanismus entfremdet.

2. Die Europäer müssen anerkennen, daß eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik keine Selbstaufgabe oder Tendenz zum Neutralismus beinhalten darf. Europa muß seine Interessen zur Geltung bringen, will es sich politisch emanzipieren.

3. Eine eigenständigere europäische Sicherheitspolitik darf nicht auf die Zerstörung der atlantischen Gemeinschaft oder auf Schaffung eines Dreiecksverhältnisses Amerika-Europa-Ostblock bei gleichem politischen und militärischen Gewicht der drei Mächtezentren zielen. Das Europa der Zehn bleibt auch in Zukunft ein Teil der westlichen Welt. Der Antagonismus der beiden Supermächte wird nicht durch die Emanzipation Europas außer Kraft gesetzt. Amerika kann auch in Zukunft im eigenen Interesse kein von der Sowjetunion abhängiges Europa hinnehmen, ohne seine Existenz in Frage zu stellen. Daraus folgt, daß die militärische Stärke der westlichen Welt auch dann als Einheit gesehen werden muß, wenn Europa eine selbständigere Rolle spielt.

4. Eine gemeinsame Sicherheitspolitik der Europäer kann nicht nur auf den Bereich der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik beschränkt bleiben, weil diese von Fragen der Strategie und Bewaffnung nicht losgelöst werden kann. Entscheidendes Element einer eigenständigen Sicherheitspolitik ist letztlich die militärische Integration. Diese muß langfristig angestrebt werden. Dabei braucht Europa keine dritte, den Potentialen der Supermächte gleichwertige militärische Fähigkeit zu entwickeln. Seine Sicherheit kann auch dann ausreichend gewährleistet werden, wenn

- moderne integrierte konventionelle Streitkräfte wirksam vor begrenzten Aggressionen abschrecken;
- der Gegner durch eine gegen einen Erstschlag geschützte, zahlenmäßig begrenzte und von den europäischen Nuklearmächten kontrollierte Nuklearstreitmacht von einem umfassenden Krieg abgeschreckt wird, weil sein Risiko den durch einen Krieg erreichbaren Gewinn nicht materialisiert;
- anerkannt wird, daß wegen der Konvergenz der Interessen zwischen Europa und Amerika eine Aggression gegen Europa die nukleare Su-

permacht USA auf den Plan rufen würde; daß also die Chance, den Krieg auf Europa zu beschränken, in Wirklichkeit nicht existiert.

5. Im Zeitalter der nuklearen Drohung ist zu fragen, ob die im strategischen Denken des 19. Jahrhunderts begründeten Vorstellungen von militärischem Gleichgewicht und politischer Erpressbarkeit durch militärische Überlegenheit noch gelten. Der Vergleich mit den Potentialen des Gegners muß von der Bewertung der eigenen Fähigkeit, dem Angreifer glaubhaft einen unakzeptablen Schaden anzudrohen, abgelöst werden. „Sufficiency“ und „glaubhafte Abschreckung“, nicht „gleiche Rechte und Obergrenzen“, müssen die Kriterien der Strategie und der Rüstungskontrollpolitik sein. Das bedeutet auch einen neuen Ansatz für die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik, mit einer stärkeren Betonung auf der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen statt der zahlenmäßigen Aufrechnung von Potentialen, kurz eine Doppelstrategie, die
- dem potentiellen Angreifer die Gewißheit vermittelt, daß ein Angriff auf Europa mit einem nicht kalkulierbaren Risiko verbunden wäre,
  - durch nicht nachlassende Bemühungen im Bereich des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit auf allen für beide Seiten vorteilhaften Gebieten dem Entstehen potentieller Konflikte vorbeugt.

6. Konkret bedeutet dies für die europäischen Verbündeten:

- (1) Institutionalisierte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Ziel der militärischen Integration und deren parlamentarische Absicherung.
- (2) Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft oder der EPZ Schaffung eines für eine gemeinsame Sicherheitspolitik zuständigen politischen Entscheidungsträgers auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister.
- (3) Überprüfung der bereits vorhandenen europäischen Institutionen WEU und Eurogroup der NATO auf ihre Brauchbarkeit als Basis einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa.
- (4) Echte, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa, Kanada und den Vereinigten Staaten auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Interessen im Rahmen des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses.
- (5) Überprüfung der Anforderung der vorhandenen Militärintegration der NATO im Lichte einer den europäischen Sicherheitsinteressen ange-

messenen Verteidigungsstrategie und unter Berücksichtigung einer verstärkten Eigenverantwortlichkeit der Europäer.

- (6) Förderung einer auf Entspannung und Frieden ausgerichteten originären europäischen Sicherheitspolitik auf der Grundlage wirksamer Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Ziel, die Spannungen in Europa zu vermindern und auch den osteuropäischen Staaten mehr Freiraum für ihre Entwicklung zu ermöglichen.
- (7) Partnerschaftliche und überzeugend uneigennützig zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt, um die Unabhängigkeit dieser Länder und ihr Recht auf friedliche Entwicklung zu fördern.

Die hier vorgetragenen Thesen können nur Denkanstöße sein. Dabei wird nicht verkannt, daß der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik noch lang und schwierig ist und einer gründlichen konzeptionellen und politischen Absicherung bedarf.

Es geht darum, geeignete Schritte auf dem Weg zu einer solchen Politik zu wagen – zielgerichtet, geduldig, behutsam! Dabei gilt: Das Notwendige muß möglich gemacht werden!

Die nachfolgenden Beiträge sind zwar nicht strikt auf das Ziel einer europäischen Sicherheitspolitik ausgerichtet, liefern dennoch dazu einige nützliche Gesichtspunkte.

Zuvor wollen wir jedoch einen kleinen Ausflug in die Forschung unternehmen, um zu sehen, ob uns die Wissenschaft helfen kann.

### III. Literatur- und Forschungslage zur europäischen Sicherheitspolitik

1. „Europa darf nicht zum Objekt werden, es muß Subjekt einer aktiven gemeinsamen Sicherheits- und Friedenspolitik sein. Wir müssen auf ein europäisches Sicherheitskonzept hinwirken, das von den Interessen der Mitgliedstaaten bestimmt wird.“

(Rede des Bundesministers des Auswärtigen vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 11. Januar 1983, in: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 13. Januar 1983, S. 30).

Es wird also ein „Sicherheitskonzept“ gesucht, „das von den Interessen der Mitgliedstaaten bestimmt wird“. Dies wirft zunächst die Frage auf, wer heute unser Sicherheitskonzept bestimmt.

Immerhin wird hier durch den bundesdeutschen Außenminister festgestellt, daß es nicht nur legitim, sondern sogar notwendig ist, nach einem europäischen Sicherheitskonzept zu suchen. Dies wird hier deshalb notiert, weil die Suche nach europäischen Konzepten allzu leicht als Ausdruck eines Anti-Amerikanismus gewertet wird. Es wird von höchster Stelle (s. Genscher-Zitat) eingeräumt, daß es an einem solchen Konzept fehlt und die Suche danach *kein* Anti-Amerikanismus ist.

Kann uns die einschlägige Literatur helfen? Wie ist die Forschungs- und Literaturlage im Bereich „europäischer Sicherheitspolitik“?

2. Wer die Literatur daraufhin befragt, was der materielle Gehalt einer europäischen Sicherheitspolitik ist, wer diese trägt, und wie eine europäische Sicherheitspolitik ihren institutionellen Ausdruck finden soll, wird nicht gerade fündig werden. Wer darüber hinaus noch nach einer plausiblen und praktikablen Politik fragt, die zum Ziel einer europäischen Sicherheitspolitik führen soll, kommt nicht umhin festzustellen, daß die vorliegende Literatur nur unzureichende Antworten bereithält.<sup>1</sup>

Dieser Literaturbefund reflektiert die Forschungslage bei uns. Weder in der Friedens- und Konfliktforschung noch in der Disziplin Internationale Beziehungen der Politikwissenschaft werden Bedingungen und Bedingungen *europäischer* Sicherheitspolitik hinreichend thematisiert.

Grob könnte die Literatur in vier Teile gegliedert werden:

- Jene wenigen Autoren, denen es um eine selbständigere europäische Sicherheitspolitik geht, wobei es hier auf den Komparativ ankommt und eine behutsame Politik impliziert (Mitgliedschaft *in* der NATO). Im wesentlichen geht es hier um die Weiterentwicklung von EPZ, WEU sowie EUROGROUP der NATO.<sup>2</sup>

Dieses Genre soll pragmatisch genannt werden.

1 Die Beiträge im am 18. November 1983 in Bonn vorgestellten DGFK-Jahrbuch 1982/83 „Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld (herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung), Baden-Baden 1983 (hier insbesondere auch der Befund bei Ulrich Albrecht, S. 479 f) bestätigen dies.

2 Vgl. etwa Karl Kaiser et alii, Die EG vor der Entscheidung. Fortschritt oder Verfall, Bonn 1983 oder Niels Jørgen Haagerup, Die europäische Sicherheitsdimension, in: Europa-Archiv H. 9/1983, S. 273-278.

Siehe auch Bernard Burrows/Geoffrey Edwards, The Defence of Western Europe, London u.a. 1982,

oder Christopher Tugendhat, Europa braucht Selbstvertrauen, Sicherheitspolitik: eine neue Aufgabe für die Europäische Gemeinschaft, in: Europa-Archiv, 1982, S. 1-8.

- Daneben gibt es zunehmend aggressiver werdende Literatur (insbesondere im Umfeld der Friedensbewegung), die eine selbständige europäische Friedenspolitik verlangt, ohne die USA und die NATO.<sup>3</sup>
- Während diese beiden Richtungen im Grunde für eine westeuropäische Sicherheitspolitik plädieren, konzentriert eine dritte Richtung ihre Aufmerksamkeit auf eine europäische blockübergreifende Sicherheitspolitik mit der Perspektive einer europäischen Friedensordnung.<sup>4</sup>

Schließlich:

- In die Debatte über eine „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik haben sich auch jene eingeschaltet, die die deutsche Frage, d.h. die Teilung Deutschlands thematisieren mit z.T. zahlreichen Facetten.<sup>5</sup> In Kreisen der Friedensbewegung wird die These vertreten, daß der Weg zu einem friedlichen Europa, zu einer europäischen Friedensordnung, „nicht über zwei feindliche Militärblöcke, nicht über die Teilung Deutschlands“ führe (Paktfreiheit für beide deutsche Staaten oder bis daß der

3 Zu diesem Genre liegen mehr Stellungnahmen von Vertretern der Friedensbewegung vor denn ausformulierte Literaturbeiträge. Immerhin:

Vgl. Harold Rasch, NATO-Bündnis oder Neutralität? Plädoyer für eine neue Außenpolitik, Köln 1981.

Dem Bundeswehrgeneral a.D. Gert Bastian (Mitglied der Partei „Die Grünen“ im Deutschen Bundestag) geht es um einen Prozeß, an dessen Ende der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und ein „Zustand blockfreier Neutralität“ (S. 271) steht: Frieden schaffen! Gedanken zur Sicherheitspolitik, München 1983.

4 Vgl. etwa Ekkehard Krippendorff/Reimar Stuckenbrock, (Hrsg.), Zur Kritik des Palme-Berichts. Atomwaffenfreie Zonen in Europa, Berlin (W) 1983 oder Alfred Mechttersheimer, Rüstung und Frieden. Der Widersinn der Sicherheitspolitik, München 1982. Eine kritische Bestandsaufnahme zur Europäischen Friedensordnung: Wilhelm Bruns/Christian Krause, Überlegungen zu einer Europäischen Friedensordnung (=Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 1982. Vgl. auch Hans-G. Brauch, Europäische Sicherheitspartnerschaft gegen die Vernichtung, in Frankfurter Hefte (Sonderheft Kampf dem Atomtod), Frankfurt/M. 1982, S. 31-52).

Volkmar Deile hat in einer Bilanz seiner Tätigkeit in der Friedensbewegung Bilanz gezogen und 14 Punkte zur weiteren Arbeit vorgelegt. In Punkt 6 heißt es u.a., daß die „Auflösung der Blöcke“ das Ziel sein müsse (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 20. 11. 1983, S. 20).

Vgl. auch das anregende Buch von Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin (W) 1981 (Bender geht es um eine bündnisübergreifende und eines Tages bündnisersetzende dritte Kraft „Europa“).

5 Vgl. etwa Wolfgang Venohr (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982. Theodor Schweisfurth (Das Ziel: Blockfreiheit, a.a.O., S. 81-101) plädiert für eine „blocküberwindende deutsche Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik“ (S. 86).

Tod uns eint, (Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik der Alternativen Liste in Berlin, o.J., S. 9). Weiter heißt es, daß die deutsche Frage „friedensgefährdend“ sei, und daß der Frieden in Europa mit „den deutschen Zuständen nicht vereinbar“ sei, (S. 11). Gefordert wird (S. 12) ein Friedensvertrag mit Deutschland. Dieser Friedensvertrag wäre ein „Kernelement einer neuen europäischen Friedensordnung“.

### 3. *Unterschiedliche Ausgangspunkte*

Beim Versuch, die Ausgangspunkte für die Forderung nach einer Sicherheitspolitik und der Suche nach Modellen zu identifizieren, stößt man in der Literatur auf recht unterschiedliche Gesichtspunkte, die dann auch zu verschiedenen Ausdifferenzierungen und Schlußfolgerungen führen:

Der Ausbau der EG zu einer politischen Union erfordere zwangsläufig eine stärkere Koordination der nationalen Sicherheitspolitiken. Die gegenwärtigen ost-, außenwirtschafts- und rüstungskontrollpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Westeuropa verwiesen die Westeuropäer einmal mehr auf ihre originäre Interessenlage; dies spiegele sich auch in der kritischen Rezeption der amerikanischen Außenpolitik in großen Teilen der westeuropäischen Bevölkerung wider. Besondere Bedeutung wird der im Zusammenhang mit der „Nachrüstungsfrage“ aufgeführten Strategiediskussion im Westen beigemessen. Sollte sich erweisen, daß die USA nicht mehr in einer für die Westeuropäer befriedigenden formalen und materiellen Art und Weise zur Abgabe ihrer nuklearen Schutzgarantie für Westeuropa bereit oder in der Lage seien, müsse sich Westeuropa nach alternativen sicherheitspolitischen Konstruktionen umsehen. Dabei sind grundsätzlich *zwei Optionen* denkbar: Entweder Westeuropa bildet eine dritte Säule neben den USA und der UdSSR oder eine zweite Säule innerhalb der NATO.

Bei den mehr pragmatisch vorgehenden Autoren liegt die Präferenz bei der letztgenannten Option, da man sich nicht vorstellen könne, daß auf absehbare Zeit westeuropäische Nuklearmächte den atomaren amerikanischen Schutzschirm in einer für uns glaubwürdig genug erscheinenden Form ersetzen könnten. Insofern bliebe Westeuropa also auf die USA angewiesen, aber es müsse nach Mitteln und Wegen gesucht werden, im Rahmen des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten westeuropäische Interessen stärker zur Geltung zu bringen. Die existierenden institutionellen Arrangements seien zwar in vieler Hinsicht defizitär: WEU (Mitgliedschaften in WEU und EG nicht deckungsgleich, diskriminierende Vertragsbestimmungen gegenüber der Bundesrepublik), EUROGROUP der NATO (bis-

her weitgehende Beschränkung auf die Rüstung, Technologie und Rüstungsexport sowie mangelnder administrativer Unterbau), EPZ (Einenung auf Abrüstung und Rüstungskontrolle bei der Behandlung von Sicherheitsproblemen). Bei entsprechendem politischen Willen müßte es jedoch möglich sein, diese Institutionen und eventuell neu zu schaffende für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Westeuropäer zu nutzen.

Dagegen setzen Exponenten der Friedensbewegung unter der Überschrift „Europäisierung versus Amerikanisierung“ der Sicherheitspolitik auf Überlegungen, die den Austritt der Bundesrepublik aus der militärischen Organisation der NATO einschließen. Hier wird streckenweise sehr unhistorisch verfahren und relativ schnell „ausgestiegen“, sowohl aus der Geschichte wie aus der Geographie und „gaullistische“ Antworten auf deutsche Fragen verlangt.<sup>6</sup> Mitunter macht sich aus einer diffusen Ablehnungshaltung ein Voluntarismus breit, der so tut, als brauchte man lediglich die richtige Idee zu formulieren – unabhängig von dem, was heute ist – und schon wäre das Problem zu lösen.

### 4. *Fazit:*

Es fehlt an ausformulierten Konzepten und Strategien zur europäischen Sicherheitspolitik, die plausibel und praktikabel sind. Dies ist ein Defizit – in der Politik wie in der Politikberatung.

<sup>6</sup> Vgl. Oskar Lafontaine, *Angst vor den Freunden. Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*, Reinbek bei Hamburg 1983. (Eine seiner wichtigsten Forderungen lautet: „Für die Bundesrepublik empfiehlt sich der französische Weg, aus der militärischen Integration der NATO auszuschneiden“ (S. 43). Leider geht Lafontaine weder auf die militärischen noch rechtlichen Implikationen seiner „Empfehlung“ ein.)